am Modellversuch



Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 10. Mai 2010,** im Landratsamt Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz, Kleiner Sitzungssaal.

<u>Beginn:</u> 15:00 Uhr <u>Ende:</u> 15:35 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP Bezeichnung Drucksache-Nr. 1. Annahme von Spenden; 2010/073 Genehmigung 2. Vereinbarung zwischen dem Landkreis Konstanz und dem 2010/061 Eigenbetrieb "Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Konstanz" über den Ausgleich von Kursschwankungen aus einem Darlehen in Schweizer Franken 3. Sitzungstermine 2010 (2. Halbjahr); 2010/072 Verlegung von Sitzungsterminen 4. Mitgliedschaft bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für 2010/071 Verwaltungsmanagement (KGSt.) 5. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche 5.1. Genehmigung des Haushalts 2010/Haushaltserlass des Regierungspräsidiums Freiburg 5.2. Schulische Bildung von Menschen mit Behinderung ("Inklusion") - personelle und finanzielle Auswirkungen der Teilnahme

Vorsitzender

Hämmerle, Frank, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Ehret, Oliver

Eickmeyer, Horst, Dr.

Eisch, Uwe

Fezer, Isabel

Jüppner, Manfred

Kreitmeier, Christiane, Dr.

Lehmann, Hans-Peter

Moser, Franz

Moser, Johannes

Müller-Fehrenbach, Wolfgang

Schmidt, Jörg, Dr.

Stolz, Rainer

Wäschle, Dieter

Wolf, Peter (als Vertreter für den entschuldigten Leipold, Jürgen)

Entschuldigte

Beyer-Köhler, Günter (und Vertreter)

Frank, Horst (und Vertreter)

Karcher, Bernd (und Vertreter)

Leipold, Jürgen

Ostermaier, Artur (und Vertreter)

Von der Verwaltung nehmen teil

Restle, Berthold

Bertsche, Sandra

Nops, Harald

Roth, Manfred (Protokoll)

Der Vorsitzende eröffnet die öffentliche Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Annahme von Spenden;

Genehmigung

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Annahme der Spenden wird gemäß Anlage zur Sitzungsvorlage zugestimmt.

2. <u>Vereinbarung zwischen dem Landkreis Konstanz und dem Eigenbetrieb "Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Konstanz" über den Ausgleich von Kursschwankungen aus einem Darlehen in Schweizer Franken</u>

Der **Vorsitzende** verweist darauf, dass man das schon dem Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb bekannt gegeben habe. Im Übrigen könne er schon jetzt mitteilen, dass die Prüfung der GPA sehr positiv ausgefallen sei, die Fraktionsvorsitzenden seien insoweit bereits vorab unterrichtet worden.

Kursschwankungen seien nach dem Gebührenrecht nicht gebührenfähig, so die GPA. Daher habe der Kreishaushalt entsprechende Kursschwankungen auszugleichen. Aus diesem Grunde müsse man die Vereinbarung über den Ausgleich von Kursschwankungen abschließen.

Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht.

Beschluss:

Entfällt; die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Mitteilung zur Kenntnis.

3. Sitzungstermine 2010 (2. Halbjahr);

Verlegung von Sitzungsterminen

Der **Vorsitzende** begründet die Änderungen; die Sitzungsvorlage habe man an alle Kreisräte versandt, damit diese ihre Terminplanung entsprechend aktualisieren könnten

Die Sitzung des Kreistags müsse man vom 17.05. auf den 21.06.2010 verlegen, weil die Gutachter mehr Zeit benötigen. Am 21.06. sei die Krankenhausstruktur Hauptthema, am 26.07. die "Optionslösung SGB II". In dieser Sache sei der Gesetzgeber noch nicht soweit, allerdings habe ihm MdB **Friedrich** versichert, dass der bereits bekannte Kompromiss unverändert in eine gesetzliche Regelung einfließen solle.

Auf Nachfrage von Kreisrat Dr. Schmidt zum Thema "Befangenheit" bei der Kranken-

hausthematik in der nächsten Sitzung des Kreistags am 21.06.2010 antwortet der **Vorsitzende**, dass man das noch in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Freiburg prüfen werde. Da man das Gutachten jedoch vor weiteren Entscheidungen zunächst an die jeweiligen Träger weitergeben müsse, bestehe in der genannten Sitzung wohl noch keine Befangenheit.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschluss:

Entfällt; die Mitglieder des Ausschusses nehmen die geänderten Sitzungstermine zur Kenntnis.

4. <u>Mitgliedschaft bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt.)</u>

Kreisrat **Stolz** befürchtet, dass die Haushaltsstrukturkommission die Mitgliedschaft wohl gleich wieder streichen werde. Insofern wäre es sinnvoll, die Entscheidung bis zur Sitzung der Kommission zu vertagen.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass man das nicht könne, weil man die KGSt. in vielen Fällen dringend benötige.

Kreisrat **Johannes Moser** bittet darum, die Zahlen bzw. die Ergebnisse der Vergleichsringe bekannt zu geben.

Herr **Restle** stellt den Sachverhalt dar und nennt die vielfältigen Dienstleistungen der KGSt., auf die man angewiesen sei. Man könnte zwar auch gezielt einzelne Berichte/Ergebnisse/Vorlagen erwerben, aber das sei teurer als die Mitgliedschaft, durch die man zudem alle Dienstleistungen in Anspruch nehmen könne.

Es gebe zwar viele Vergleichsringe, aber die dort erarbeiteten Ergebnisse könne man nicht einfach übernehmen, denn die örtlichen Verhältnisse seien sehr verschieden. Insofern müsse man dafür sorgen, dass es zu keinen falschen Interpretationen komme und das sei im Einzelfall sehr schwierig.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier** äußerte die Bitte, dass bis zur Haushaltsberatung 2011 dargestellt werden sollte, was der Landkreis bis dahin durch die Mitgliedschaft gespart habe.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach** haben die Argumente für einen Beitritt überzeugt. Daher sollte man Mitglied werden.

Kreisrat **Johannes Moser** will wissen, warum man vor vielen Jahren ausgetreten sei und warum man jetzt wieder eintreten wolle.

Herr **Restle** antwortet, dass es damals die Möglichkeit gegeben habe, auch so an Informationen und Dokumente der KGSt. zu kommen. Man sei daher ausgetreten, weil man dadurch Geld sparen konnte. Allerdings sei dies nun nicht mehr so und ohne Verletzung des Copyrights komme man nicht mehr an die Unterlagen. Daher müsse man wieder eintreten.

Der **Vorsitzende** ergänzt, dass die KGSt. zwischenzeitlich eine andere Geschäftspolitik verfolge und deshalb bitte er um Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Landkreis Konstanz wird Mitglied bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt.)

5. <u>Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche</u>

5.1 <u>Genehmigung des Haushalts 2010/Haushaltserlass des Regierungspräsidiums</u> <u>Freiburg</u>

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf den versandten Haushaltserlass. Das Regierungspräsidium habe den Haushalt damit genehmigt. Die darin enthaltenen Hinweise müsse man beim Haushalt 2011 berücksichtigen.

Wortmeldungen hierzu erfolgen nicht.

Beschluss:

Entfällt; die Mitglieder des Ausschusses nehmen den Haushaltserlass zur Kenntnis.

5.2 <u>Schulische Bildung von Menschen mit Behinderung ("Inklusion") - personelle und finanzielle Auswirkungen der Teilnahme am Modellversuch</u>

Kreisrat **Stolz** nimmt Bezug auf die Sitzung des Kultur- und Schulausschusses am 03.05.2010. Im Zusammenhang mit der Teilnahme des Landkreises Konstanz am Modellversuch habe die Verwaltung berichtet, dass dies mit den bestehenden personellen Kapazitäten beim Schulreferat nicht möglich sei und eine personelle Aufstockung erforderlich wäre. Bis zur Sitzung des Kreistags am 21.06.2010 müsse man konkret wissen, mit welchen finanziellen und personellen Aufwendungen die Teilnahme verbunden sei.

Der **Vorsitzende** sagte zu, dass man dies – soweit möglich – entsprechend darstellen werde. Außerdem habe die Umsetzung der neuen Regelung Konsequenzen im Bereich der Schülerbeförderung (evtl. Einzelbeförderungen) und im baulichen Bereich (evtl. Aufzug erforderlich). Genau diese Fragen sollen im Versuchszeitraum geklärt werden. Klar sei, dass der Grundsatz der Konnexität gewahrt werden müsse, d. h., wenn das Land dies wolle, müsse es für die Folgekosten aufkommen.

Herr **Restle** ergänzt, dass er befürchte, dass das Land zwar den Schulämtern eine entsprechende Deputatserhöhung bewillige, die beteiligten Schulträger jedoch auf ihren Kosten sitzenbleiben. Den damit verbundenen Mehraufwand könne das Schulreferat des Landratsamts nicht ohne eine entsprechende personelle Verstärkung bewältigen. Nach einem ersten Gespräch halte sich zwar der Mehraufwand in Grenzen, aber die Personalausstattung beim Schulreferat sei wirklich knapp bemessen. Außerdem halte er ein "gesundes Misstrauen" gegen solch pauschale Aussagen für durchaus angebracht.

Nachdem Kreisrat **Stolz** seine Forderung nach einem entsprechenden Bericht im Kreistag wiederholt hat, will Kreisrat **Johannes Moser** wissen, ob der Landkreis verpflichtet sei, eine neue Stelle zu schaffen.

Der Vorsitzende verneint dies; die Teilnahme am Modellversuch halte er für wichtig, weil man damit Einfluss auf die weitere Entwicklung nehmen könne. Man werde den

Versuch daher sehr intensiv begleiten und insbesondere auf die finanziellen Auswirkungen achten. Das Land wolle verhindern, dass der Konnexitätsgrundsatz zum Tragen komme, aber damit dürfe man sich ggf. nicht abfinden.

Auf Nachfrage von Kreisrat **Dr. Schmidt** bestätigt der **Vorsitzende**, dass davon alle Schulen betroffen seien. Die Konsequenz daraus sei, dass im Grunde genommen jede Schule sowohl sachlich als auch personell entsprechend ausgestattet werden müsse, denn es könnte sein, dass in jedem Jahr ein behindertes Kind die Möglichkeit in Anspruch nehme, sich in einer Regelschule beschulen zu lassen.

Herr **Restle** ergänzt, dass ein qualifiziertes Elternwahlrecht bestehe, d. h., es gebe kein uneingeschränktes Wahlrecht der Eltern. Entscheidend sei das Votum einer so genannten "Bildungskonferenz", der auch der Schulträger angehöre. Gegen ein ablehnendes Votum der Konferenz stehe den Eltern dann der Klageweg offen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht.

Nachdem keine Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 15:35 Uhr.

Der Vorsitzende:		Für den Ausschuss:
Frank Hämmerle		Franz Moser
		Peter Wolf
	Für das Protokoll:	
	Manfred Roth	